

Sozial. Gerecht. Frieden. Für alle. – Unser Wahlprogramm in Kürze

Am 24. September ist Bundestagswahl. Sie wird entscheidend für das Land. Manche sagen, die Wahl sei schon gelaufen. Richtig ist: Nichts ist entschieden.

Wenn DIE LINKE stark wird, bringt das so einiges in Bewegung. Gerechtigkeit ist wählbar am 24. September! Für eine soziale Wende und gegen das „Weiter so“ in der Politik: DIE LINKE wählen.

1. Respekt und Gute Arbeit. DIE LINKE steht an der Seite der Beschäftigten, wenn es um Respekt und gute Arbeit geht. Wir wollen sichere Jobs mit höheren Löhnen. Das macht das Leben planbar. Der gesetzliche Mindestlohn muss auf 12; Euro die Stunde angehoben werden. Nur so werden die Beschäftigten auch sicher vor Armut im Alter geschützt. Tarifverträge und Gewerkschaften wollen wir stärken.

2. Die Arbeit muss um das Leben kreisen, nicht das Leben um die Arbeit. Wir machen Schluss mit Leiharbeit und dem Missbrauch von Werkverträgen. Statt Minijobs und unfreiwilliger Teilzeit schaffen wir gute Arbeitsplätze, die unbefristet sind und nach Tarif bezahlt werden. Für gleichwertige Arbeit müssen Frauen endlich den gleichen Lohn wie Männer bekommen. Die Arbeit in sozialen Berufen muss deutlich besser bezahlt werden. Statt immer länger zu arbeiten, wollen wir ausreichend Zeit für Ruhe, Familie, Freizeit!

3. Keine Angst vor Altersarmut. Die Renten müssen den Lebensstandard im Alter sichern. Dafür wollen wir das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben. Zeiten mit niedrigem Verdienst werden für die Rente stärker angerechnet. Das bedeutet z.B. für eine Verkäuferin 270 Euro mehr Rente. Und wir führen eine Solidarische Mindestrente von 1.050 Euro ein. Die Löhne und Renten sind im Osten immer noch niedriger als im Westen. Wir gleichen sie an.

4. Das Hartz IV-System hat viele Menschen in Armut geführt. Wir ersetzen es durch eine **Mindestsicherung ohne Sanktionen!** Wir fassen darin die Leistungen zusammen, die bisher einzeln beantragt werden müssen.



www.die-linke.de

Das Arbeitslosengeld I muss länger gezahlt werden. Niemand darf weniger als 1.050 Euro monatlich zum Leben haben. Wir führen Sozialtarife ein für Strom, öffentlichen Nahverkehr und die Deutsche Bahn. Das Kindergeld erhöhen wir sofort auf 328 Euro und schaffen dann eine Kindergrundsicherung.

5. Gerechte Steuern! Für hohe Vermögen - über einer Million - werden wir endlich wieder eine Vermögensteuer einführen. Damit können wir die öffentlichen Angebote verbessern: Schulen und; Kitas, sozialer Wohnungsbau, Internet, Krankenhäuser und öffentlicher Nahverkehr. Das kommt allen zu Gute. Wenn alle genug beitragen, ist für alle gut gesorgt.

6. Wir senken die Steuern für Menschen mit durchschnittlichen und niedrigen Einkommen. Wir erhöhen den Steuerfreibetrag auf 12.600 Euro. Alle, die weniger als 7.100 Euro brutto im Monat verdienen, werden mit unserem Steuerplan entlastet. Wir gleichen das aus, indem wir hohe Einkommen stärker besteuern.

7. Keine Zwei-Klassen-Medizin: Statt langen Wartezeiten und Anfahrtswegen machen wir eine; gute Gesundheitsversorgung für alle. Das ist bezahlbar, wenn alle beitragen: In unsere solidarische Gesundheitsversicherung zahlen alle ein und alle werden gleichermaßen gut versorgt - und wir senken die Beiträge auf unter 12 Prozent. Niemand muss mehr für Brillen oder Zahnersatz zahlen. Unternehmen und Beschäftigte zahlen wieder zu gleichen Teilen ein. Wir stellen 100 000 Pflegerinnen und Pfleger ein: Das ist gut für die Beschäftigten und gut für die Patienten. Wir kämpfen um jedes Krankenhaus, das geschlossen oder privatisiert werden soll!

8. Wir sorgen dafür, dass Wohnen bezahlbar ist. In vielen Städten sind die Mieten weiter gestiegen, immer mehr Menschen müssen ihre Nachbarschaft verlassen. Diese Verdrängung wollen wir stoppen. Die Mieten in angespannten Nachbarschaften werden eingefroren und gesenkt. Wir bauen mehr Wohnungen mit Sozialbindung, zusätzlich 250 000 im Jahr. Wir verbieten die Spekulation mit Wohnraum.

9. Mut zur Veränderung! Wir wollen die Europäische Union neu starten: Statt Vorfahrt für die Unternehmen und Banken wollen wir, dass die Menschen an erster Stelle stehen. Wir wollen einen Aktionsplan gegen Erwerbslosigkeit in Europa und für soziale und ökologische Wirtschaft. Statt Freihandelsabkommen wie TTIP und TISA brauchen wir einen fairen Handel und wirksamen Klimaschutz. Wir machen die Europäische Union sozial, demokratisch und lebenswert für alle.

10. Wir stehen für den Frieden ein. DIE LINKE hat immer fest gegen Krieg und Aufrüstung gestanden. Wir wollen die deutschen Soldaten aus dem Ausland abziehen. Die Regierung plant, die Ausgaben fürs Militär zu verdoppeln. Wir wollen abrüsten statt aufrüsten. Das Geld wollen wir konkret einsetzen, um Schulen zu sanieren, Kitas auszubauen und kostenfrei zu machen. Waffenexporte - besonders in Krisengebiete - heizen die Kriege an und zwingen viele Menschen in die Flucht. Wir wollen Waffenexporte verbieten.

Viele Menschen haben genug von dieser Politik. Alle anderen Parteien sind jedoch bereit, die Politik der letzten Jahre fortzusetzen. Alle anderen stehen der Kanzlerin als Koalitionspartner zur Verfügung. Wir nicht! Wir wollen einen wirklichen politischen Wechsel und ein soziales Land.

Wenn Sie auch soziale Gerechtigkeit, mehr Demokratie, ein solidarisches Europa und eine friedliche Außenpolitik wollen, wählen Sie am 24. September DIE LINKE.

Die Machenschaften der Autokonzerne dürfen nicht länger politisch gedeckt werden

Sahra Wagenknecht, Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag

Union und SPD wollen die Enteignung der Besitzer von Dieselaautos einfach durchwinken. Alle Bestimmungen des Grundgesetzes zum Schutz des Eigentums werden missachtet. Autokonzerne wie VW haben eben nicht nur ein ökologisches Desaster mitzuverantworten, sondern belasten zusätzlich Millionen von Autobesitzern.

Schätzungen gehen von einem Schadensvolumen von bis zu 15 Milliarden Euro aus. Durch Abschaltvorrichtungen, gefälschte Verbrauchswerte sowie den mit der Affäre verbundenen Werteverfall ihrer Autos ist ein massiver materieller Schaden entstanden, den die Unternehmen nicht bereit sind zu beheben.

Die große Koalition hat den Autobauern auf dem jüngsten Gipfel zur Dieselaaffäre auch noch den Rücken gestärkt. Die Einigung, kostengünstig eine Software im Wert von 100 Euro aufzuspielen, die den Schadstoffausstoß um 25 Prozent reduziert, statt für 1500 Euro Einrichtungen zu verbauen, die 90 Prozent Reduzierung zur Folge hätten, ignoriert nicht nur den Umweltschutz, sondern lässt auch die Autobesitzer im Regen stehen, denn diese Scheinlösung verhindert eine tatsächliche Entschädigung.

Es ist erschreckend, in welchem Ausmaß sich die Parteien, die die Bundesregierung stellen, der Lobby der Autokonzerne beugen. Zwei besonders pikante Beispiele sind dabei der niedersächsische SPD-Ministerpräsident Stephan Weil und der ehemalige CDU-Staatsminister Eckart von Klæden.

Willfährigkeit der Politik

„Bitte schau mal rein, ob da irgendwas drinsteht, was so gar nicht euren faktischen oder rechtlichen Erkenntnissen entspricht.“ Mit diesem Satz ließ Weil seine Regierungserklärung zum Dieselskandal vorab an VW schicken. Wer so handelt, der kann und will Konzerne nicht kontrollieren und bestärkt den Verdacht, dass Politik käuflich ist.

Erschreckend auch, dass Union und FDP, obwohl sie bereits früh von dieser Willfährigkeit wussten, offenbar keine Kritik am Verhalten des Ministerpräsidenten hatten. Dass Weil trotz dieser Vorgänge jede Forderung nach einem Rücktritt von sich weist, zeigt, wie tief der Maßstab für Moral in der Politik inzwischen gesunken ist.

Weil hat viele Pendanten aufseiten der CDU. Zu ihnen gehört Eckart von Klæden, Merkel-Vertrauter und jetzt Daimler-Cheflobbyist, der erfolgreich hinsichtlich der Regeln für Abgastests im Kanzleramt intervenierte.

Großspender begrenzen

Es gilt, zwei grundlegende Lehren aus der Dieselaaffäre zu ziehen. Die Machenschaften des Managements der Autokonzerne dürfen nicht länger politisch gedeckt werden. Darüber hinaus muss die Enteignung der Autobesitzer gestoppt werden.

Es kann nicht sein, dass Millionen Verbraucher jetzt auf den Klageweg verwiesen werden, um individuell (oder allenfalls per Sammelklage) ihr Recht durchzusetzen. Die Konzerne müssen für die durch den Betrug verursachten Schäden endlich in Haftung genommen werden. Besitzer sollten ihre

Dieselaautos auf Kosten der Hersteller umrüsten oder gegen Entschädigung verschrotten können.

Die Idee einer staatlichen Abwrack- und Umrüstungsprämie in Höhe von 2000 Euro bei Dieselfahrzeugen ist nur gerecht, wenn im Gegenzug Unternehmensanteile in entsprechender Höhe an die öffentliche Hand oder an die Belegschaft überschrieben werden.

Seitenwechsel erschweren

Wir brauchen zweitens aber auch Mechanismen, die eine solche Verquickung von Politik und Konzerninteressen in Zukunft verhindern. Es ist kein Zufall, dass Großspender wie die Autokonzerne jene Parteien besonders großzügig bedenken, die ihnen im Falle von Schwierigkeiten dann eilfertig zu Diensten sind.

Kein Mittelständler könnte es sich leisten, auf diese Weise seine Interessen politisch zur Durchsetzung zu bringen. Es ist daher an der Zeit, Unternehmensspenden grundsätzlich zu verbieten und diese Form der Bestechungspraxis in Deutschland zu beenden. Zudem muss der Vermengung von politischen und wirtschaftlichen Interessen endlich Einhalt geboten werden.

Bundesminister und parlamentarische Staatssekretäre sollten nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt mindestens drei Jahre bzw. für die Dauer des zeitlichen Anspruchs auf Übergangsgeld warten müssen, bevor sie in Unternehmen wechseln dürfen, mit deren wirtschaftlichen Interessen sie zuvor politisch befasst waren.

Nasse Sommertour, gelungener Grillabend

Jörg Lemmert, Wahlkreismitarbeiter MdB Jan Korte

Die Sommertour von MdB Jan Korte war in diesem Jahr leider eher unsommerlich und so begleitetete ihn auch am 12. Juli strömender Regen beim Besuch im Salzlandkreis.

Zumindest in der Bernburger Marienkirche, wo er sich erneut mit dem Förderkreis für die neue Orgel der Kirche traf, spielte das Wetter keine Rolle. Pfarrer Lewek und weitere Mitglieder des Vereins begrüßten ihn zusammen mit Orgelbaumeister Reinhard Hüfken auf der trockenen Orgelempore, auf der bis 2019 noch viel zu tun ist. Dann wird die ca. einhundertjährige Orgel mit den über 2000 Pfeifen nach 10 Jahren Einsatz durch den Förderverein wieder erklingen. Eine von Jan Korte unterstützte Bundesförderung durch das Orgelprogramm der Kulturstaatsministerin Monika Grütters brachte im Frühjahr noch mal eine große Summe, die die Sanierung jetzt sicherstellt.

Anschließend ging es zum neuen Bootsverleih von Boris Funda, bei dem man seit April



Gruppenbild beim Grillabend (Foto privat)

u.a. Kajaks und Kanus sowie Motor- und Tretboote direkt an der Bernburger Saale ausleihen kann. Für einen Ausflug auf die Saale reichte es bei dem Wetter aber leider nicht, deshalb berichtete der Verleihchef im Trockenen von seinen weiteren Plänen und verabedete sich mit Jan Korte für einen, hoffentlich sonnigen, weiteren Termin.

Weiter ging es nach Güsten, wo die Bürgergesprächstunden des Abgeordneten traditionell unter dem Vordach eines Supermarktes stattfinden. Am Mittwoch ein großer Vorteil,

der dazu führte, dass überraschend viel los war am LINKEN Infostand, an dem Jan Korte wieder von den Genoss*innen aus dem Ortsverband Saale-Wipper unterstützt wurde. Innere Sicherheit und mieses Sommerwetter waren die Themen und ein paar Unterschriften für die Volksinitiative für mehr Lehrer kamen auch wieder zusammen.

Zu den Höhepunkten der Sommertour gehören immer die Grillabende mit den Mitstreiter*innen im Wahlkreis, und so freute sich der Abgeordnete am Abend auf ein Wiedersehen mit vielen alten Bekannten im Rathmannsdorfer Dorfgemeinschaftshaus. Der traditionelle Dank für die kontinuierliche Unterstützung in den letzten Jahren, sollte in diesem Jahr natürlich auch gleichzeitig eine Motivation für den bevorstehenden Wahlkampf sein. Die über 50 Gäste hatten jedenfalls einen schönen Abend, an dem nicht nur gut gegessen, sondern auch viel diskutiert wurde.

Mitgliederversammlung mit Eva von Angern in Schönebeck

Christa Beier, Ortsvorsitzende DIE LINKE Schönebeck

Auf Einladung der LINKEN fand am 03.08.2017 eine öffentliche Mitgliederversammlung in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität statt, die gleichzeitig den Wahlkampfauftakt der LINKEN für den Wahlkreis 69 zur Bundestagswahl bildete. Vor 40 Teilnehmern, sowohl Mitgliedern als auch interessierten Bürgern stellte sich die Landtagsabgeordnete und Direktkandidatin der LINKEN für den Wahlkreis 69 Eva von Angern vor. Die in Magdeburg geborene Eva von Angern kennt durch familiäre Beziehungen auch Schönebeck und insbesondere Sachsenland sehr gut. In ihrer bisherigen 21-jährigen ehrenamtlichen und 15-jährigen parlamentarischen Arbeit setzt sie sich insbesondere für Frauen und Kinder ein. Sie kämpft als Vorsitzende des Landesfrauenrates für die Gleichberechtigung der Frauen, für gleiche Löhne und Renten und gegen Frauenarmut. Ein besonderes Thema ist auch der Kampf um die Höhe der Rente für zu DDR-Zeiten geschiedene Frauen. Unter dem Slogan „Damit 's gerecht zugeht“ stehen die Themen

- soziales und friedliches Europa, welches auch eine humanitäre Flüchtlingspolitik einschließt,
- Einführung einer elternunabhängigen Kindergrundsicherung,
- Gleichstellung von Mann und Frau

bei ihr im Mittelpunkt. Sie verwies auch darauf, dass die Weichenstellungen für fast alle politischen Themen auf Bundesebene stattfinden. Deshalb ist es auch notwendig, dass die LINKE mit einer höheren Anzahl im Bundestag vertreten ist.

In der anschließenden Diskussion wurde die Frage nach Koalitionen und der Wirksamkeit der LINKEN gestellt. Grundsätzlich wurde von der Direktkandidatin eine Zusammenarbeit mit rechten oder rechtsextremen Parteien ausgeschlossen. Sie legte aber auch dar, dass durch die unermüdliche Arbeit der Linksfraktion im Bundestag zum Thema „Mindestlohn“ Fortschritte erreicht wurden. Sie sagte: „Je stärker die LINKE ist, desto größer wird das soziale Gewissen.“ In der Diskussion spielten noch Themen wie Autolobby, Spendenzahlungen der In-



Volles Haus bei der Mitgliederversammlung
(Foto privat)

dustrie an Parteien und die Einflussnahme der Industrie auf Entscheidungen der Politik eine Rolle. In diesem Zusammenhang wurde hervorgehoben, dass die LINKE keine Spenden von der Industrie erhält und ihren Wahlkampf mit eigenen Mitteln bestreitet. Eine Spendensammlung am Schluss der Veranstaltung brachte auch ein gutes Resultat.

Gedenken an Ernst Thälmann

Angelika Trench, Ortsverband Bernburg

Am 18.08.1944 wurde Ernst Thälmann im Konzentrationslager Buchenwald ermordet. Diesem Todestag gedachten Mitglieder und Sympathisant*innen der LINKEN am 18.08.2017 am Ehrenmal für Ernst Thälmann auf dem Friedhof in Calbe. Blumen hatte die Landtagsabgeordnete Eva von Angern mitgebracht. Sie sprach auch



Bundestagskandidatin Eva von Angern in Calbe (Foto privat)

vor uns und für uns am Ehrenmal. Zu DDR-Zeiten war Sie noch ein Kind und entwickelte so ein positives Verhältnis zu Thälmann. Für sie ist Thälmann vor allem ein Antifaschist und ein Mensch, der für seine Überzeugung starb. Vielen bekannt sind seine prophetischen Worte: „Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“ Wir sollten seiner gedenken, weil die Rechte und mit ihr faschistisches Gedankengut wieder auf dem Vormarsch sind in Deutschland und überall auf der Welt.

Man hätte noch viel mehr sagen können: Dass Thälmann Vorsitzender der KPD und Reichstagsabgeordneter war. Dass er als Konsequenz aus den blutig niedergeschlagenen Nachkriegsaufständen versuchte, die KPD zu einer Partei neuen Typus zu entwickeln, die in der Lage wäre, Volksaufstände erfolgreich zur Revolution zu führen. Thälmann konnte Menschen begeistern und mobilisieren. Die SPD und ihre Mitglieder wurden nach den Maiunruhen 1929 im Berliner Wedding wegen ihrer verständnisvollen Haltung gegenüber dem brutalen Vorgehen der Polizei als „Sozialfaschisten“ bezeichnet. Sicher

ein weiterer Grund, weshalb der Vorschlag an die SPD zum Generalstreik nach der Ernennung von Hitler zum Reichskanzler durch den Reichspräsidenten Hindenburg von dieser abgelehnt wurde. Googelt man heute zu Ernst Thälmann, findet man auch solche Beiträge im Netz wie: „Warum wir Thälmann nicht ehren sollten“ (Schrödter, Forschungsverbund SED-Staat an der FUB) oder den Antrag, das Thälmann-Denkmal in Berlin in tausend Stücke zu sprengen (Junge Liberale). Daneben die Informationen über Stolpersteine in Berlin und Hamburg für Thälmann, aber auch die lange Geschichte der Prozesse bzw. Prozessversuche gegen einen der mutmaßlichen Thälmann-Mörder SS-Mann Otto. Letztere verdeutlicht noch einmal die antikommunistische Grundhaltung der BRD, die immer wieder „blind auf dem rechten Auge“ war und ist. Die Geschichte führt zum Heute und zu der Frage, wie soll unsere Gesellschaft zukünftig aussehen? Welche Visionen hat die LINKE für die Veränderung von Deutschland in einer sich rasant verändernden Welt, die auch zukunftsfähig sind?

Mehr direkte Demokratie, gute Kinderbetreuung, gleiche Lebensverhältnisse

Die Landtagsfraktion DIE LINKE kam am 14. und 15. August 2017 zu ihrer traditionellen Sommerklausur in Wörlitz zusammen und verständigte sich zu den politischen Vorhaben und Initiativen der kommenden Monate.

Mehr direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung

Die Landtagsfraktion DIE LINKE will den Zugang zu direkter Demokratie erleichtern und mehr Bürgerbeteiligung bei politischen Entscheidungsprozessen. Auf ihrer Sommerklausurtagung in Wörlitz verständigte sie sich darauf, ein Volksabstimmungsgesetz vorzulegen. Zudem hat die Fraktion Positionen zu der in den kommenden Monaten anstehenden Novellierung des Kommunalverfassungsgesetzes vorgelegt.

Das Diskussionsangebot umfasst folgende Punkte:

- Abbau der Hürden für Bürgerbegehren
- Möglichkeit von Einwohnerinitiativen ab 14 Jahren
- Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre
- Gleichstellungsbeauftragte stärken sowie Behinderten-, Integrations-, Senioren-, Kinder- und Bürgerbeteiligungsbeauftragte in allen Landkreisen und kreisfreien Städten etablieren
- Einwohnerbeteiligung bei Haushaltsaufstellungen
- Stärkung von Ortschaftsräten in den Kommunen
- Vetorechte für Ortsbürgermeister

Beitragsfreiheit in der Kinderbetreuung

Die Fraktion DIE LINKE verständigte sich im Rahmen ihrer Klausurtagung zudem zum weiteren Prozess der Novellierung des Kinderförderungsgesetzes. Bereits im Juni legte die Fraktion mit einem eigenen Gesetzentwurf ihre Vorschläge auf den Tisch. Klare Finanzierungsstrukturen und die schrittweise Absenkung der Elternbeiträge für die Kinderbetreuung bis zur völligen Beitragsfreiheit im Jahr 2022 sind die wesentlichen Kernforderungen. Trotz des auf der Hand liegenden Korrekturbedarfs ist die Landesregierung nicht in der Lage, eigene Vorschläge vorzubringen. Selbst die kleinste Bewegung im Sozialministerium wird im allgemeinen Kenia-Wirrwarr unterdrückt. Aus diesem Grund wird die Fraktion DIE LINKE in der nächsten Landtagssitzung mit einem Antrag Landesregierung und Koalitionsparteien zu einer Position zur allseits versprochenen Beitragsfreiheit auffordern.



Andreas Höppner und Swen Knöchel nach der Fraktionsklausur (Foto privat)

Politikeinfluss der Automobilindustrie gefährdet demokratische Grundlagen

Ebenfalls in der kommenden Landtagssitzung wird die Fraktion DIE LINKE eine aktuelle Debatte zum Dieselskandal beantragen. Angesichts der Dimension des Skandals, der aufzeigt, wie der Einfluss der Automobilindustrie demokratische Grundlagen gefährdet, hält die Fraktion DIE LINKE eine Positionierung der im Landtag vertretenen Fraktionen zum Thema für dringend geboten.

Es wird Zeit – Jetzt Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West

Die Fraktion DIE LINKE verständigte sich auf ihrer Klausurtagung zudem über den vor wenigen Tagen von Dietmar Bartsch und Gregor Gysi vorgestellten „Gerechtigkeitsplan Ost“, der mit elf Kernforderungen auf die im Artikel 72 des Grundgesetzes festgeschriebene flächendeckende Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist Ost- und Westdeutschland bis spätestens 2020 abzielt. Die Fraktion DIE LINKE begrüßt das Papier ausdrücklich und unterstützt die Forderungen, etwa nach einer Kindergrundsicherung, nach dem Erhalt und Ausbau von Schulen, Begegnungstätten und Sportanlagen in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands, nach einer besseren Gesundheitsversorgung durch Landärzte oder der Einführung einer solidarischen Mindestrente. Die Landesregierung muss sich positionieren, wie der Angleichungsprozess in Ost und West weitergehen soll.

#Landtagsticker - Ausgewähltes aus der Landtagssitzung

Birke Bull-Bischoff, stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Was Armut für Kinder bedeutet

Gebrauchte Kleidung, ungesunde Ernährung, schlechte Zähne, kein Besuch im Zoo oder Kino – so geht es mittlerweile jedem vierten Kind in Sachsen-Anhalt. Sie alle sind von Armut betroffen oder armutsgefährdet. Armut bedeutet heutzutage nicht mehr Verhungern, sondern gesundheitliche Nachteile, weniger soziale Teilhabemöglichkeiten und psychische Probleme. Und das empörende oder deprimierende Gefühl von Ungerechtigkeit. Nach Ansicht der LINKEN gibt es noch immer kaum politische Bemühungen, Kinderarmut als gesellschaftliches Problem anzuerkennen, zu analysieren und vor allem zu bekämpfen. Im März 2017 stellten wir eine Große Anfrage, deren Antwort nun im Landtag diskutiert wurde. Was nun folgen muss, sind politische Maßnahmen um Kinderarmut zu bekämpfen. Dazu haben wir bereits im Juni 2017 unsere politischen Vorschläge dem Landtag vorgelegt.

Energiewende sozial gestalten - Stromsperrn verbieten

2016 waren bundesweit mehr als 300.000 Haushalte von Stromsperrn betroffen, weil sie nicht mehr in der Lage waren, die Strom-

rechnungen angesichts ständig steigender Strompreise zu bezahlen. Auch die Landesregierung wurde gefragt, wie viele Haushalte in Sachsen-Anhalt betroffen sind. Aufgrund der Erhebungsmethode der Bundesnetzagentur konnte diese Frage nicht beantwortet werden. DIE LINKE fordert deshalb: Es muss Vorsorge getroffen werden, dass über die Betroffenheit verlässlich Auskunft gegeben werden kann. Was aber noch wichtiger ist: Die Regelsätze müssen mindestens an die steigenden Stromkosten angepasst und Stromsperrn für zahlungsunfähige Verbraucher*innen untersagt werden.

Sofortprogramm 3mal 200 zur Verbesserung des Schulerfolgs

Auch in Sachsen-Anhalt scheitern immer noch ca. 10% der Schüler*innen an der Schule. Der ausbleibende Schulerfolg versperrt vielfältige Chancen ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben zu führen, eine gute Arbeit zu finden. Die DIE LINKE fordert ein Sofortprogramm zur Vermeidung von Schulversagen. Wir brauchen 200 Fachkräfte für den Spracherwerb, 200 Lerncoaches und 200 pädagogische Mitarbeiter*innen. Auch Quereinsteiger*innen müssen willkommen

sein und brauchen Fort- und Weiterbildungsangebote, die ihnen ermöglicht werden müssen. Es geht dabei um die individuelle Unterstützung von Kindern mit Lernschwierigkeiten.

Kostenbeitragsfreiheit in der Kinderbetreuung schaffen

Es war ein großes Wahlkampfthema im März 2016. Die CDU bot die Kostenfreiheit für die Kinderbetreuung an und auch die SPD kündigte an, die Elternbeiträge auf die Höhe des Kindergeldes zu begrenzen. Nun - nach der Landtagswahl - hören sich insbesondere ihre Vorhaben deutlich anders an. DIE LINKE will mit ihrem Antrag beide Parteien beim Wort nehmen. Wir fordern unverzüglich eine Lösung zum Einstieg in die Schaffung der Kostenbeitragsfreiheit für alle Eltern, deren Kinder eine Kindertageseinrichtung besuchen. Unseren Gesetzentwurf haben wir dem Landtag im Juni 2017 vorgelegt.

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzung im August 2017 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de. Auch auf Facebook und Twitter kann man die Debatten verfolgen.

Sommertour führt Christina Buchheim auch in den Salzlandkreis

Sigrid Reinicke, Wahlkreismitarbeiterin Christina Buchheim

Während sich der Landtag in der parlamentarischen Sommerpause befand, tourten die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE. durchs Land. Auch unsere Landtagsabgeordnete Christina Buchheim besuchte im Rahmen ihrer diesjährigen Sommertour Vereine und Betriebe in ihrem Wahlkreis und kam mit vielen Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch. Sie nahm Anregungen mit und beantwortet Fragen zur aktuellen Politik.

Am 12.7.2017 stand eine öffentliche Bürgersprechstunde in Quellendorf, Zerbst und Lindau auf dem Programm. Zwischendurch besuchte die Abgeordnete mit ihrem Team das Schullandheim in Deetz. Dort wurden bestehende Probleme diskutiert. Dem schloss sich eine Besichtigung der Einrichtung an.

Am 13. Juli wurde eine öffentliche Bürgersprechstunde in Weißandt - Gölzau abgehalten. Anschließend konnte die Abgeordnete an den Schützenvereines Gölzau 1990 e.V. einen Scheck aus dem Solidarfonds übergeben. Weiter ging es nach Könnern. Begonnen wurde mit einer öffentlichen Bürgersprechstunde, anschließend besuchte unsere Abgeordnete und ihr Team den Naturhof Zellewitz. Während des Hofrundganges konnten wir auch die alte Schmiede und die alte historische Backstube anschauen. Alles ist mit viel Liebe zum Detail eingerichtet und macht Heimatkunde erlebbar.

In der ersten Augustwoche besuchte Christina Buchheim, gemeinsam mit der Landtagsabgeordneten Dagmar Zocke und ihrem Team, u.a. folgende Vereine, Firmen und Unternehmen: Essenzfabrik in Zerbst (ein Kul-

turzentrum), Schloss Zerbst, Firma KmB Zerbst, Schloss Köthen, KZ Gedenkstätte Schloss Lichtenburg in Prettin, AWO Bitterfeld, Wohnungsbaugenossenschaft Dessau und das Schlossmuseum in Zörbig.

Auch ein Besuch im Freigut Garsena stand auf dem Programm. Karl-Friedrich Schöning und seine Ehefrau stellten bei einem Rundgang die weitläufige Einrichtung vor. Gemeinsam mit weiteren ausgebildeten Erziehern kümmern sie sich um Jugendliche im Alter von 12 bis 18 Jahren, die auf Grund der Nichteinhaltung von sozialen Regeln nicht in ihren Familien bleiben konnten. Das Leitbild der Erzieher kann man mit den Worten „Struktur und Perspektiven geben“ beschreiben.

Am 3. August konnte unsere Abgeordnete noch einen besonderen Termin wahrnehmen – sie folgte der Einladung zur Vorstellung und Übergabe des neuen Sonderpostwertzeichens „400 Jahre Fruchtbringende Gesellschaft“. Ihr Resümee: „Ein toller Festakt mit anschließendem Rundgang in der Erlebniswelt Deutsche Sprache im Schloss Köthen. Auf jeden Fall einen Besuch wert!“

Die Abgeordneten konnten viele wertvolle Anregungen für ihre Arbeit mitnehmen. Auch 2018 wird es wieder eine Sommertour geben.

Gern nehmen wir auch eure Anregungen für einen Besuch auf.



Christina Buchheim auf Sommertour (Foto privat)

Von der Bernburger Stadtratssitzung

Eberhard Balzer, stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Stadtrat

Am 24. August wurden im öffentlichen Teil 14 und im nichtöffentlichen Teil 10 Beschluss- und Informationsvorlagen behandelt.

Im Jahresbericht der Bernburger Freizeit GmbH wird für die zukünftige Entwicklung vorgesehen, dass in Abstimmung mit der Stadt im Bahnhofsvorgarten 50 Parkplätze errichtet werden sollen, um den steigenden Bedarf an Dauerparkplätzen in der Stadt zu verbessern. Die Realisierung muss aber noch warten, da die Ergebnisse des Bürgerbegehrens noch nicht vorliegen.

Die Bernburger Wohnstättengesellschaft hat ein hervorragendes Ergebnis erzielt. Aus dem Jahresüberschuss von 735.400€ werden im September 612.000€ an die Stadt ausgeschüttet. Könnten da eigentlich nicht die Mieten gesenkt werden?

Die Abwasser- und Niederschlagspreise sind in Bernburg und Könnern unterschiedlich. Da Bernburg Mitglied im Wasserversorgungsverband Saale-Fuhne-Ziethe ist,

soll der von Könnern geäußerte Wunsch zur Zusammenlegung der bestehenden getrennten Gebührengelände und die damit angestrebte Gebührenvereinheitlichung realisiert werden. Rückwirkend zum 1. Januar 2017 sinkt der Preis für Schmutzwasser in Bernburg von 3,42€ auf 3,30€, in Könnern von 4,86€ auf 3,30€. Bei Regenwasser steigt in Bernburg der Preis um 4ct, in Könnern fällt er von 1,81€ auf 0,96€. Ab 2022, wenn die Verträge mit der MIDEWA auslaufen, gibt es dann für Wasser auch die gleichen Preise. Die Zustimmung erfolgte mehrheitlich, die Stadträte der Linken stimmten alle zu.

Über einen Leserbrief von Olaf Böhlk regte sich Stadtrat Kramersmeyer (CDU) besonders auf. Böhlk beklagt, dass historische Gebäude überregional und nach innen kaum für Bernburg nutzbar gemacht werden. Das unsachliche Diskussionsklima ist auf unterstes Kleinstadtniveau abgesunken. Böhlk meint, dass mit viel Liebe zum historischen Kitsch und

hohem finanziellen Aufwand ein Gebäude errichtet wird, das dem gegenwärtigen geistigen Niveau dieser Stadt entspricht, ein Sch...haus. Diese Aussage muss im Kontext mit diskriminierenden Begriffen zum Lohelandhaus betrachtet werden, denn NS-Tempel, Bretterbude und viele andere Schimpfwörter zeigen, dass die historische Bedeutung dieses Gebäudes nicht begriffen wurde. Ich habe in meiner Erwiderung aus dem Buch von V. Ebersbach „Geschichte der Stadt Bernburg“ zitiert, wo steht, dass Margarete Trenkel in ihrem Studio, dem Lohelandhaus, mit den Kindern musikalisch die Lohelandgymnastik zu Klavierstücken von Schumann, Beethoven und Mozart vermittelte.

Dezernent Dittrich informierte, dass in nächster Zeit im nördlichen Gewerbegebiet von Bernburg eine Biogasanlage von einem Mannheimer Unternehmen errichtet werden soll. Die Verhandlungen haben begonnen. Der Stadtrat wird umfangreich informiert.

Nachrichten aus der Kreistagsfraktion

Ralf-P. Schmidt, stellvertretender Fraktionsvorsitzender

LINKE will Pflegeeltern stärken

Die Fraktion hat die Befassung mit dem Tagesordnungspunkt Nichtanwendung der Übergangsregelung gem. § 7 der Kinder- und Jugendhilfe-Pflegegeld-Verordnung LSA vom 30.03.2017 im Salzlandkreis für die Beratung im Jugendhilfeausschuss und im Kreistag beantragt.

Die Gremien sollen sich mit folgendem Sachantrag befassen:

„Der Kreistag beschließt, die Kinder- und Jugendhilfe-Pflegegeld-Verordnung LSA (KJH-PfG-VO) in der Fassung vom 30.03.2017 ab 01.03.2017 rückwirkend anzuwenden. Von der Übergangsregelung gem. § 7 KJH-PfG-VO wird kein Gebrauch gemacht.“

Kreistagsmitglied Christian Jethon, Einbringer für die Fraktion, begründet dies wie folgt:

Die in der neuen KJH-PfG-VO festgelegten Pauschalen entsprechen den Empfehlungen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. für das Jahr 2017. Die letzte Anpassung erfolgte im Jahr 2009, sodass aufgrund der Inflation bereits in den vergangenen Jahren Pflegeeltern keine kostendeckenden Pauschalen mehr erhalten haben. Ein weiteres Verschieben der Anpassung bis zum 01.01.2018 aus rein finanziellen Gründen, ist eine Missachtung des wichtigen gesellschaftlichen Engagements von Pflegeeltern im Salzlandkreis und kann dazu führen, dass sich künftig weniger Bür-

gerinnen und Bürger bereiterklären, diese Aufgabe zu übernehmen. Dies bedeutete, dass mehr Kinder in entsprechenden Heim- einrichtungen untergebracht werden müssten. Neben der emotionalen Belastung für die betroffenen Kinder, würde dies auch zu weitaus höheren Kosten für den Salzlandkreis als Träger der örtlichen Jugendhilfe führen.

DIE LINKE will somit die Rolle von Pflegeeltern im Katalog der Hilfen zur Erziehung als ein wichtiges Angebot stärken.

Personalien – Neue Fraktionsassistentin kommt

Nach 2 geführten Ausschreibungs- und Bewerberverfahren hat sich die Fraktion auf die Neubesetzung der ausgeschriebenen Stelle Fraktionsassistentin verständigt. Ab 01.09.2017 steht nun Klaus Magenheimer als Mitarbeiter der Fraktion für die Erfüllung der Aufgaben der Fraktionsgeschäfte zur Verfügung. Ralf-P. Schmidt, der bereits seit 01.06.2017 die Aufgabenerledigung realisierte, steht ihm dabei auf geringfügiger Beschäftigungsbasis weiterhin unterstützend zur Seite. Die Fraktion hofft nun, dass nach dem Ausscheiden von Henriette Krebs, die nun als Landesgeschäftsführerin der Partei agiert, bis zum Ende der Wahlperiode eine verbindliche Ansprechbarkeit gesichert ist. Die Sprechzeiten werden demnächst veröffentlicht.

Biomüllabholung an Bedarf anpassen

In ihrer Sitzung am 21.08.2017 beschloss die Fraktion zum Thema Bioabfallentsorgung einen Änderungsantrag zur bisherigen Regelung einzubringen. Nach Auffassung der Fraktion soll die Satzung über die Abfallentsorgung im

Salzlandkreis (Abfallentsorgungssatzung) Paragraph 10 Abs. 2 Satz

1 erweitert werden. Die Fraktion beantragt, dass in der Zeit von April bis Oktober eines Jahres wöchentlich die Bioabfälle eingesammelt werden und in der Zeit von November bis März eines Jahres alle 14 Tage. Die Satzungsänderung soll ab dem Jahr 2018 wirken.

Christian Behlau begründet den Antrag als Einbringer wie folgt:

In der Zeit von April bis Oktober eines Jahres ist ein deutlich höherer Anfall von Grün/Bioabfällen durch stärkere Wachstumsphasen der Pflanzenwelt zu verzeichnen. Da im oben genannten Zeitraum die Temperaturen auch jahreszeitbedingt steigen, setzen die Gärungsprozesse in der Biotonne schneller ein. Die Verwertung der oben genannten Abfälle hat so zu erfolgen, dass sie den gesetzlichen Vorschriften entspricht und dass das Wohl der Allgemeinheit, z. B. durch Gerüche oder Siedlungsungeziefer, nicht beeinträchtigt wird.

Ein wöchentlicher Sammelrhythmus scheint daher angebracht.

LINKE übergibt Lebensmittelspende

Jörg Lemmert, Ortsvorsitzender DIE LINKE Bernburg

Seit 2 Jahren unterstützt der Ortsverband der Bernburger LINKEN die Tafel der Saalestadt regelmäßig mit Lebensmittelspenden. Zur mittlerweile vierten Spendenübergabe war der Ortsvorsitzende Jörg Lemmert in dieser Woche zusammen mit weiteren Mitgliedern des Ortsvorstandes im Sozialzentrum der Stadt Bernburg zu Gast.

Petra Hetzel, die zuständige Mitarbeiterin im Sozialamt der Stadt, nahm die Spende im Wert von gut 100 Euro entgegen und berichtete über aktuelle Entwicklungen bei der Bernburger Tafel. Sie betonte u.a. den hohen Anteil des ehrenamtlichen Engagements bei der Arbeit in der Einrichtung. Weitere Interessenten, die mit anpacken möchten, sind immer gerne gesehen.

Der Ortsvorsitzende bemerkte beim Besuch im Sozialzentrum an: „Hier wird eine super Arbeit geleistet, die wie als Ortsverband gerne regelmäßig unterstützen. Als LINKE würden wir uns natürlich freuen, wenn Deutschland auch ohne Essensausgaben und Suppenküchen auskommt. In einem so reichen Land sollte genug für alle da sein.“ Laut aktuellen Zahlen vom Bundesministeri-



Spendenübergabe bei der Bernburger Tafel (Foto privat)

um für Arbeit und Soziales wird speziell die Altersarmut mehr und mehr zum Problem: 2,7 Mio der über 65-Jährigen gelten mittlerweile als von Armut bedroht. Auch aus die-

sem Grund ist die Anzahl der Ausgabestellen der Tafel bundesweit auf über 2000 gestiegen.

Landesvorstand dankt Friedrich Schütz

Jörg Lemmert, Ortsvorsitzender DIE LINKE Bernburg



Dankeschön an Friedrich Schütz (Foto privat)

Die neue Landesgeschäftsführerin Henriette Krebs war Ende August im Bernburger Bürgerbüro mit dem ehemaligen stellvertretenden Kreisvorsitzenden Friedrich Schütz verabredet. Im Namen des Landesvorstandes bedankte Sie sich mit einem großen Präsentkorb für 20 Jahre politische Bildungsarbeit von Friedrich in der PDS, bzw. in der LINKEN. In Anwesenheit vom Bernburger Ortsvorsitzenden Jörg Lemmert und dem Kreisvorsitzenden Lothar Boese würdigte Sie seinen Engagement, zu dem u.a. die Durchführung von landesweiten Bildungstagen gehörte.

Friedrich, der 1997 zu den Gründungsmitgliedern der Kommission für politische Bildung beim Parteivorstand gehörte, war bis Anfang 2017 Vertreter unseres Landesverbandes in der Kommission. In seiner letzten Sitzung hatte der Landesvorstand beschlossen, ihm dafür ein besonderes Dankeschön zukommen zu lassen. Im Vorstand wurde außerdem über die Zukunft der Bildungsarbeit auf Landesebene diskutiert. Neben Anke Lohmann wird hier zukünftig Stefan Krull zuständig sein. Beide arbeiten an einem Konzept für dezentrale Bildungsveranstaltungen mit einem

großen ReferentInnenpool, auf den interessierte Kreise zugreifen können. Auch auf Kreisebene hatte sich Friedrich, der bis heute als Autor für diese Zeitung tätig ist, um die Bildungsarbeit verdient gemacht. Von 1991 bis 2016 hatte er über 90 Veranstaltungen mit namenhaften ReferentInnen, wie Lothar Bisky, André Brie, Dietmar Bartsch, Dagmar Engelmann oder Heidi Knaake-Werner organisiert. Dafür sprach ihm der Kreisvorstand bereits bei der Mitgliederversammlung im letzten Herbst seinen Dank aus. Hut ab vor dieser Leistung und weiterhin viel Gesundheit!

Spende für sozialpädagogische Familienhilfe

Klaus Magenheimer, Fraktionsvorsitzender

Es ist seit Jahren schon Tradition, dass die Staßfurter Stadtratsfraktion für die Sommerferiengestaltung der Siftung Staßfurter Waisenhaus aus ihrem Solidaritätsfond Geld zur Verfügung stellt.

Am 17. Juli übergab im Namen der Fraktion ihr Vorsitzender Klaus Magenheimer am Löderburger See die Spende in Höhe von 300 Euro. Gemeinsam mit den Stadtwerken wird diese Arbeit seit Jahren finanziell unterstützt und damit auch ermöglicht.



Spendenübergabe am Löderburger See (Foto privat)

Damit werden für sozialschwache und vor allem kinderreiche Familien einige interessante Projekte mitfinanziert. So stand der Besuch des Tierparks in Bernburg auf dem Programm.

Auch sollte das beliebte Kreativzentrum im Moore besucht werden. Neben abwechslungsreichen Tierbegegnungen standen Bastelarbeiten auf dem Programm.

**Kreisvorstand und Redaktion
gratulieren im
September
recht herzlich**

Zum 90. Geburtstag
Ludwig Bilek

Zum 87. Geburtstag
Horst Osterloth

Zum 86. Geburtstag
Lore Taraba
Ingeborg Schneider
Erwald Reisberg
Heinz Dietmann

Zum 83. Geburtstag
Dorothee Leifheit

Zum 82. Geburtstag
Christel Berndt

Zum 81. Geburtstag
Marianne Engelmann
Rosemarie Raschke
Eberhard Balzer

Zum 70. Geburtstag
Christine Bittner
Günter Fahtz
Sybille Göldner

Zum 65. Geburtstag
Martina Schaar
Joachim Ochsendorf

**Wir gratulieren auch allen
anderen Mitgliedern unseres
Kreisverbandes, die im
September Geburtstag haben**



**Sitzung der Fraktion DIE LINKE. im
Kreistag Salzlandkreis**

Die Kreistagsfraktion führt ihre nächste Sitzung am **11.09.2017 um 18 Uhr** im Staßfurter Fraktionsbüro durch. Ab 17:00 Uhr ist bereits die Fraktionsvorsitzende Sabine Dirlich zur Bürger-sprechstunde vor Ort ansprechbar.

Sitzung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand tagt wieder am **20.09.2017 um 18 Uhr** im Fraktionsbüro in Staßfurt.

Vorankündigung Kreisversammlung

Die 15. Kreisversammlung findet am **21. Oktober ab 10 Uhr im Kulturhaus Könnern** statt. Auf der Tagesordnung steht u.a. die Wahl eines neuen Kreisvorstandes. Die Einladung liegt dieser Ausgabe der DLZ bei.

„Frühstück mit LINKS“

Am **25.09.2017** wird im Bernburger Bürgerbüro (Kleine Wilhelmstraße 2b) **ab 10:00 Uhr** bei Kaffee und Brötchen die Bundestagswahl ausgewertet.

Nachruf

In stiller Anteilnahme
Ursula Sperling



OV Hecklingen
Kreisvorstand

**Aktionsbündnis für Soziale
Gerechtigkeit**

Die nächste Beratung vom ASG findet am **12.09.2017 und am 26.09.2017** von 9:30 - 11:30 Uhr in den Räumen der Staßfurter Urania (Prinzenberg 18) statt.

Jan Korte & Gregor Gysi



11. September 2017 ab 15 Uhr
auf dem **Holzmarkt in Köthen**,
Bühnenprogramm ab 14 Uhr
mit Musik und Politquiz
sowie Essens- und
Getränkestände
fürs leibliche Wohl



DIE LINKE.

**Wir sind
für Sie da
DIE LINKE.**

Freitag, **15. September**
11 bis 13 Uhr, Bitterfeld
Robert-Schuman-Platz
mit **Dietmar Bartsch**,
Matthias Höhn
und **Jan Korte**

**Einsendeschluss für die nächste DLZ
ist der 28. September 2017.
Redaktionsschluss für diese Ausga-
be war der 28. August 2017.**

„Kaffee mit LINKS“

Am **13.09.2017 ab 16 Uhr** gibt es die nächste Gelegenheit im Bernburger Bürgerbüro bei Kaffee und Kuchen ins Gespräch zu kommen.

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE. Salzlandkreis
www.dielinke-salzlandkreis.de
dielinke-salzlandkreis@t-online.de
Postfach 1104, 06391 Bernburg

Redaktion :

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),
Klaus Magenheimer,
Siegfried Mahlfeld

Satz + Layout: Karsten Noack

Druck: Saxoprint

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktionschluss eingegangenen Artikeln kann die Veröffentlichung nicht garantiert werden.